

/// Zwischen Hautevolee und Menschen

## WIE GEHT RECHTSPOPULISMUS?

**THOMAS MICHAEL KLOTZ** /// Die Rechtspopulisten beherrschen die Medien – im doppelten Wortsinne. Immer wieder verschaffen skandalöse Auftritte und Aussagen „an der Grenze des Sagbaren“ Wählerstimmen für Norbert Hofer, Marine Le Pen, Geert Wilders und Co. Wenn man jedoch versteht, wie sie agieren, sind sie schnell zu entlarven. Das kann auch den deutschen Wählern beim Umgang mit der „Alternative für Deutschland“ helfen.

Norbert Hofer, Marine Le Pen, Geert Wilders – diese Rechtspopulisten finden sich nahezu täglich in den Medien, zumeist aufgrund von mehr oder minder überraschenden und angriffslustigen Äußerungen. Mal geht es gegen die Zuwanderung, mal gegen den Islam, mal gegen die Europäische Union, mal gegen den Welthandel. Die Medien brauchen die Rechtspopulisten wegen der hohen Skandalrate und springen deswegen gerne über jedes Stöckchen, das ihnen die Rechtspopulisten hinhalten. Die wiederum brauchen die Medi-

en, um auf sich aufmerksam zu machen – frei nach dem Motto: Bad publicity is better than no publicity.

Rechtspopulisten haben ein Gespür für die Gefühle der Menschen. Sie wissen, welche Themen die Menschen bewegen und welche sie nerven. Ein Beispiel: Ist die Europäische Union angreifbar? Absolut! Ist man anti-europäisch, weil man eine Entscheidung der Kommission für falsch hält? Keineswegs! Allerdings wird man gerne so dargestellt, nicht zuletzt von den Europäischen Institutionen selbst, wie Franz Heschl bei seinen Untersuchungen der Rhetorik der Europäischen Kommission feststellte: „Die auf den europäischen Integrationsprozess bezogene Rhetorik der Europäischen Kommission ist eine Rhetorik der Entpolitisierung ‚par excellence‘. ‚Politik‘ wird darin zur sachlich richtigen Vorgangsweise. Es existiert jeweils nur eine richtige, sachlich gerechtfertigte, effiziente und nachhaltige Lösung.

Rechtspopulisten **BESETZEN** die aktuellen, volksnahen Themen und die Medien.



Quelle: Thomas Michael Klotz

Norbert Hofer bei einem Wahlkampfauftritt im September 2016 am Wiener Prater

Menschen mit Interessen, Werten und Machtressourcen können an diese eine richtige Vorgangsweise nur mehr sehr schwer anknüpfen: Die Vorstellung von der Gestaltbarkeit der Gesellschaft (und der Union) entlang von Ideen, Interessen, Werten und Machtpotenzialen geht dabei weitgehend verloren.<sup>1</sup>

Die europäischen Parteien vermochten es bislang nicht, das Tabu, die EU zu kritisieren, zu durchbrechen. Schließlich begründen vor allem auch die großen Parteifamilien (Sozialisten und Konservative) selbst ihre Entscheidungen oftmals mit einer „Alternativlosigkeit“. Und genau dies verschafft den Rechtspopulisten großen Zulauf. Mit ihren Anti-EU-Kampagnen punkten die Rechtspopulisten bei den Wählern. Denn nach wie vor ist die EU verschrien als „Elitenprojekt“, das die Bürger nicht mitnimmt. Und Eliten, das „Establish-

ment“, sind nicht nur den Rechtspopulisten verhasst.

### Österreich – die Heimat der Rechtspopulisten

Norbert Hofer, Kandidat der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), hatte bei der Stichwahl um das Amt des Bundespräsidenten nur rund 350.000 Stimmen (7,6 %) weniger als sein Gegenkandidat, der ehemalige Grünen-Chef Alexander Van der Bellen, der als „Unabhängiger“ antrat. Am Beispiel der FPÖ konnte man die Agitation von rechtspopulistischen Parteien gut beobachten.

Van der Bellen wurde von Hofer stets als Mann des Establishments deklariert. In Hofers Duktus: „Sie [Herr Van der Bellen, der Verfasser] haben die Hautevolee, ich habe die Menschen!“<sup>2</sup> Die FPÖ sieht sich als letzter wahrer Vertreter des

Volkswillens – und konstruiert deswegen auch einen solchen Gemeinwillen des gesamten Volkes. Aber eben dieser werde nicht von den „etablierten“ Parteien und Politikern vertreten. Pluralismus ist den Rechtspopulisten fremd. Im Wahlkampf witterte Hofer, der selbst seit zehn Jahren ein Nationalratsmandat inne hat, gar eine Verschwörung des Polit-Establishments. Als die Wahl zum Bundespräsidenten auf den 4.12.2016 verschoben werden musste, weil die Klebestreifen der Briefwahlunterlagen nicht kleben wollten (Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP): „Das ist technisch ein hochkomplexes Kuvert!“<sup>3</sup>), fragte Hofer: „Warum hat man Interesse an einem späteren Wahltermin?“<sup>4</sup> Damit unterstellte er eine Absicht. Seiner Ansicht nach gereichte ihm die Verschiebung zum Nachteil. Eine Begründung dafür äußerte er nicht.

### In-Group versus Out-Groups

Hofer verstand es, eine In-Group und mehrere Out-Groups zu konstruieren. Auf einem Wahlkampfflyer hieß es: „Wir Österreicher vertrauen Norbert Hofer, weil nur er uns Österreicher gegen die Gefahren einer falschen Zuwanderungspolitik verteidigt. Wir Österreicher haben ein Recht auf unsere Heimat und auf Schutz vor Islamismus und Gewalt.“<sup>5</sup> Hofers klares Angriffsziel waren Migranten, in welcher Form auch immer. Dabei wurde zum einen unterstellt,

mehr Zuwanderung bringe automatisch „Islamismus und Gewalt“ mit sich, zum anderen suggerierte die Aussage, Einwanderer würden den Österreichern die Heimat wegnehmen. Damit einher geht eine weitere Unterstellung auf dem Flyer: Einwanderer würden ausschließlich das Sozialsystem missbrauchen und dadurch zerstören. Die FPÖ hat seit Jahren ein Händchen, solcherlei Aussagen in Schüttelreime unterzubringen. So plakatierten sie bereits „Daham statt Islam“, „Heimatliebe statt Marokkaner-Diebe“ und „Pummerin [Kirchenglocke im Wiener Stephansdom, der Verfasser] statt Muezzin“.

### Politisches Framing als Grundkonzept

Hier bedient sich die FPÖ des politischen Framings. Frames sind jene Deutungsmuster, in denen wir denken. Dabei wird zwischen zwei Arten unterschieden: die Surface Frames auf der sprachlichen Ebene und die Deep Seated Frames, die unser Weltbild aufgrund unserer Moral und politischen Überzeugung strukturieren und unseren eigenen Common Sense bilden. Durch die gezielte Verwendung von Surface Frames werden die Deep Seated Frames aktiviert. Betrachtet man die rechtspopulistische Rhetorik, so könnten als (negative) Frames „Islam“, „Marokkaner-Diebe“ und „Muezzin“ gelten. Allein diese Begriffe lösen in der Anhängerschaft reflexartig ein negatives Gefühl aus. Positive Frames hingegen wären beispielsweise „Heimat“ und „Freiheit“ (was sich auch in vielen Namensgebungen rechtspopulistischer Parteien widerspiegelt: Freiheitliche Partei Österreich, Partij voor de Vrijheid etc.).

Um den Gegenkandidaten Van der Bellen anzugreifen, wurde auf dem

Populisten arbeiten mit **WIR-GEFÜHL** und politischem Framing.

Wahlkampfflyer zudem unterstellt, die Grünen wollten „noch mehr Menschen aus dem Ausland nach Österreich holen“<sup>6</sup>. Damit soll der In-Group, den „echten“ Österreichern, Angst vor der Out-Group gemacht werden, vor allen Dingen in Sachen sozialer Absicherung und Sicherheit.

### **Bundeskanzler „HC“?**

Nun hat es für Hofer nicht für das Bundespräsidentenamt gereicht. Sein Parteifreund Heinz-Christian („HC“) Strache schießt derweil aber schon auf das Amt des Bundeskanzlers. In Strache gipfelt

**Heinz-Christian Strache VERKÖR-  
PERT die mediale Personalisierung  
rechtspopulistischer Politik.**

die mediale Personalisierung der rechtspopulistischen Politik in Österreich – in den klassischen Medien wie auf sozialen Netzwerken. Zu Beginn seiner politischen Karriere hatte „HC“ mit seiner stramm rechten Vergangenheit zu kämpfen.<sup>7</sup> Derzeit orientiert er sich aber eher an Marine Le Pens „brav“ gewordenem Front National.

### **Frankreich: Zurück in die unabhängige Republik?**

Marine Le Pen ist das freundliche Gesicht der rechtspopulistischen Partei Front National (FN), die bis vor kurzem noch dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet wurde. Allerdings hat sich ein Wandel vollzogen, wodurch diese Ein-

ordnung nicht mehr zutrifft. Denn: „Parteien, Ideologien, Menschen [...] mit dem Begriff ‚rechtsextrem‘ zu belegen, setzt [...] voraus, bei ihnen ‚Bestrebungen zur Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘ nachgewiesen zu haben.“<sup>8</sup> Unter Marine Le Pen sieht es danach nicht mehr aus. Um an die Macht zu gelangen, hat sie die Partei umgebaut und alte, rechtsextreme FN-Kader ausgeschlossen, inklusive ihrem Vater, Jean-Marie Le Pen. Sie modernisiert die Partei, rückt sie stärker in Richtung „Mitte“ – auch wenn heutzutage die Einteilung des Parteienspektrums in rechts und links, vor allem auch im Bezug auf populistische Parteien, überholt scheint.

### **Ziel sind die gemäßigteren Wähler**

Marine Le Pen gestaltet ihr Wahlprogramm so, dass auch gemäßigtere Wähler für den FN votieren können. Dabei positioniert sie sich wie schon ihr Vater klar gegen die Europäische Union und die NATO. Marine Le Pen versteht es zudem, die Anti-Establishment-Rhetorik treffend zu positionieren, weil Sozialisten und Republikaner oftmals zusammenarbeiten oder gegenseitige Wahlempfehlungen abgeben müssen, um einen FN-Kandidaten zu verhindern (wie es auch in Österreich der Fall war).

Die Anti-Establishment-Haltung des FN beginnt allerdings zu bröckeln. Nicht nur, dass sie – ebenso wie die FPÖ – seit Jahrzehnten in die Parteienlandschaft gehört, sie besteht auch zum Teil aus Personen des Establishments, der Hautevolee. So setzte Marine Le Pen auf Absolventen von Eliteschulen für die Führungsgremien ihrer Partei. Ein Paradebeispiel dafür ist ihr Spindoctor Florian Philippot. Der Europaabgeordnete

ist Absolvent der hochangesehenen Wirtschaftshochschule École des hautes études commerciales Paris und damit ebenso Alumnus wie der französische Präsident François Hollande und der ehemalige IWF-Generalsekretär Dominique Strauss-Kahn.

Anders als ihr Vater, der stets das Hardliner-Image pflegte, gibt sich Marine Le Pen mehr als die fürsorgliche Landesmutter. Inzwischen distanziert sie sich sogar von islamkritischen Äußerungen und gibt die Versöhnerin. Hatte sie 2010 den Islam noch mit der Besatzung der Nationalsozialisten verglichen, sagte sie unlängst in einem Fernsehinterview, diese Religion sei mit der Republik vereinbar.<sup>9</sup>

**Marine Le Pen zielt mit einer GEMÄSSIGTEREN Partei auf neue Wähler ab.**

Resoluter tritt Le Pens Nichte, Marion Maréchal-Le Pen, auf. Mit gerade einmal 22 Jahren wurde sie in die Nationalversammlung gewählt. Sie gilt als strikte Islamgegnerin und benutzte 2015 sogar die islamistischen Anschläge in Paris, bei denen mehrere Dutzend Menschen ums Leben kamen, für ihren Wahlkampf. Während ihr Plakat „Nein zur Islamisierung!“ 2010 ein Skandal gewesen sei, sei es 2015 die Wahrheit, behauptete sie bei einem Wahlkampfauftritt in Toulon Anfang Dezember 2015. „Es brauchte 130 Tote, damit unsere Stimme endlich gehört wird.“<sup>10</sup>

### Das „Konzept der Stärke“

Nicht zuletzt aus dieser Argumentationsstruktur heraus verfolgt der FN das „Konzept der Stärke“, also einer starken militärischen Ausstattung des Landes. Die französische Armee, die Forces armées françaises, soll in der Lage sein, das französische Hoheitsgebiet ohne Beistand von Bündnispartnern verteidigen zu können.

Der Front National will damit auch erreichen, dass Frankreich zukünftig keinerlei Verpflichtungen mehr gegenüber Alliierten hat und nur noch im Falle des eigenen Interesses interveniert.<sup>11</sup> Man fühlt sich ein wenig an das „America first!“ des US-Präsidenten Donald Trump erinnert. Beim Front National heißt dies „préférence nationale“.<sup>12</sup>

### Raus aus dem „wilden Wettbewerb“

Das gilt auch für das wirtschaftliche Wahlprogramm. Während bis in die 1990er-Jahre ein wirtschaftsliberaler Kurs verfolgt wurde, schlugen sich die französischen Rechtspopulisten – damals noch Rechtsextremisten – zunehmend auf die Seite der Arbeiter und treten seither für einen Rückzug aus dem weltweiten „wilden Wettbewerb“ („concurrence sauvage“) ein. Dies passt auch besser in das Bild der propagierten „préférence nationale“ als ein sonst auf die Nation ausgerichteter, aber in Wirtschaftsfragen liberaler Kurs.

Dass das Wirtschaftsprogramm eher sozialistisch ist, sieht man daran, dass Wirtschaftsvertreter nach dem erfolgreichen Abschneiden des FN bei den Regionalwahlen 2015 Preiskontrollen, höhere Steuern für Reiche und Großunternehmen, Teilverstaatlichungen von Banken und einen höheren Mindestlohn befürchteten. Allerdings zeigten sich die Rechtspopulisten auch bereit,

Zugeständnisse wie eine Aufhebung der 35-Stunden-Woche und eine Rückkehr zum Renteneintrittsalter von 62 Jahren zu machen.<sup>13</sup>

Marine Le Pen hat es bei der Stichwahl zur Präsidentschaftswahl am 7. Mai 2017 nicht geschafft, mehr als ein Drittel der Franzosen für sich zu gewinnen. Dass sie aber in die Stichwahl überhaupt kam, überraschte indes nicht. Sämtliche Prognosen sagten dies voraus. Wiederum gaben die „etablierten Parteien“ Wahlempfehlungen für den unabhängigen Kandidaten Emmanuel Macron ab, um eine Front National-Präsidentin zu verhindern. Und wieder bot sich dadurch für die Rechtspopulisten die Chance, das „Establishment“ anzuprangern.

### **Niederlande: Geert Wilders und seine Partei**

Rechtspopulistische Parteien sehen sich in der Regel mehr als Bewegung denn als Partei. Und dennoch erfüllen sie Parteienfunktionen wie Personalrekrutierung und Policy-Input. Sie sind meist nach den gängigen Prinzipien organisiert. Nicht so die Partij voor de Vrijheid (PVV). Sie ist ein Beispiel für parteigewordenen Personalismus. Die PVV wurde nämlich von nur zwei Gründungsmitgliedern erschaffen: Geert Wilders als natürlicher Person und Geert Wilders als Vorsitzender, Gründer und einziger Vertreter der Stiftung Stichting Groep Wil-

ders. Als Vorsitzender verhängte Wilders nach der Parteigründung einen Aufnahmestopp. Somit ist einziges aktives Mitglied der PVV Geert Wilders.<sup>14</sup> Diese Konstruktion wäre in vielen europäischen Ländern aufgrund der geltenden Parteiengesetze nicht möglich.

Was Wilders will, ist somit Parteiprogramm. Dadurch gibt es einerseits keine Probleme, was die Programmfindung anbelangt. Andererseits gestaltet sich die Suche nach möglichen Parteivertretern in den Parlamenten oftmals schwierig.

### **Am Anfang stand der Liberale Wilders**

Dabei hatte Wilders politische Karriere recht gewöhnlich begonnen. Bei der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), einer rechtsliberalen Partei, wurde er nach wenigen Jahren Mitgliedschaft 1990 Fraktionsmitarbeiter und schließlich Abgeordneter in der Zweiten Kammer, dem niederländischen Parlament. Er galt als liberal-konservativ und beschäftigte sich vor allem mit Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. In der niederländischen Zeitung „de Volkskrant“ gab Wilders 2001 unter der Überschrift „Stoppt die Macht der Gewerkschaften“ ganz den Liberalen: „Das übertriebene Streben nach gesellschaftlichem Konsens nimmt den sozioökonomischen Aktivitäten die Dynamik, und das können sich die Niederlande nicht mehr erlauben.“<sup>15</sup>

2006 gründete er schließlich seine eigene Partei, die Partij voor de Vrijheid. Als Rechtspopulist beschwört er hier die Tradition des holländischen Volkes (und den EU-Austritt), seine Anti-Establishment-Haltung (zu dem er eigentlich schon lange gehört) und vor allem seine Anti-Islam-Haltung. Doch Wil-

**Die PVV ist parteigewordener  
PERSONALISMUS.**

## **WILDERS hat sich vom Liberalen zum Rechtspopulisten gewandelt.**

ders hat seine liberalen Wurzeln nicht ganz vergessen. Er setzt sich beispielsweise für die Ehe von Homosexuellen ein. Geert Wilders, der seit 1992 mit der ungarischen Diplomatin Krisztina Marfai verheiratet ist, zeigt sich selbst immer wieder fremdenfeindlich und fordert den sofortigen Stopp von Zuwanderung, vor allem aus muslimischen Ländern, aber auch aus der EU. Dabei war ein Teil seiner Vorfahren selbst Einwanderer aus Indonesien. Um seine Herkunft zu verbergen, schreibt Jan Erk, färbt Wilders seine Haare blond.<sup>16</sup>

### **Der Islam als Lieblingsfeind**

Wilders erklärter Lieblingsgegner ist – neben den Einwanderern – der Islam. Für ihn ist diese Religion „womöglich noch gefährlicher als der Nationalsozialismus“<sup>17</sup>. Für Aufsehen sorgte Wilders vor einigen Jahren mit seinem Anti-Islam-Film „Fitna“ (Zwietracht). Darin wird der Islam mit dem Islamismus gleichgesetzt. Menschen werden getötet. Islamitisch indoktrinierte Kinder bezeichnen Juden als „Affen und Schweine“. Kurzum: Es geht darum, den Menschen Angst vor dem Islam zu machen.

Seit der Veröffentlichung des Filmes steht Wilders ständig unter Personenschutz. Sein Büro ist mit einer Panzertür gesichert. Sein Name tauchte auf Tötungslisten von Islamisten auf. Aufgrund von Aussagen wie „[E]s gibt viel marokkanischen Abschaum in Hol-

land“<sup>18</sup>, schlossen andere Parteien schon vor der jüngsten Parlamentswahl eine Zusammenarbeit aus. In den liberalen Niederlanden, die vor allem durch ihre Kolonialgeschichte als Einwanderungsland gelten, schrecken solche Aussagen viele Wähler und Politiker ab. Der Premierminister Mark Rutte möchte die negativen Erfahrungen aus der Minderheitsregierung 2010 bis 2012, die von Wilders PVV toleriert wurde, wohl nicht noch einmal erleben. Nicht zuletzt deswegen und wegen des zersplitterten Parteiensystems gestaltet sich die aktuelle Koalitionsfindung und Kabinettsbildung schwierig und langwierig.

### **Überall Populisten – und jetzt?**

Die rechtspopulistischen Parteien bilden einen Kanal, auf dem die verschiedenen Schiffe der Unzufriedenheit schwimmen. Die einen sind gegen eine offene Flüchtlingspolitik, die anderen fühlen sich vom Wirtschaftssystem abgehängt und fordern ein Ende des Liberalismus. Die einen kritisieren die Europäische Union, die anderen wollen keine Muslime im Land haben. All diese Wünsche, Bedürfnisse, Forderungen werden bislang von den „etablierten“ Parteien offensichtlich nicht zufriedenstellend aufgegriffen. Dass sich viele der rechtspopulistischen Forderungen selbst widersprechen, scheint Hofer, Le Pen und Wilders nicht zu kümmern. Ein Beispiel: Die heimische Wirtschaft soll gestärkt, Produkte kaum mehr importiert werden. Doch wie sollen die eigenen Unternehmen, die auf (europäischen) Außenhandel angewiesen sind, in einer protektionistischen Marktwirtschaft überleben?

### **Strategien gegen „Neue Rechte“**

Die politische Konkurrenz ist derzeit eher ratlos, wie sie mit dem Aufschwung

der „Neuen Rechten“ umgehen soll und versucht verschiedene Strategien. Die Österreichische Volkspartei, die sich seit jeher gerne in „Große Koalitionen“ begeben hat, versucht derzeit mühevoll, sich inhaltlich von den Sozialdemokraten zu distanzieren. Nach Jahrzehnten der Zusammenarbeit mit der SPÖ ein schwieriges Unterfangen.

Der Shooting-Star der Konservativen, Außenminister Sebastian Kurz, sagte kürzlich in einem Interview: „Ich habe kein Verständnis dafür, dass wir Hunderte Millionen Euro an Familienbeihilfe in europäische Staaten überweisen für ausländische Kinder, die nicht einmal in Österreich leben. In einer Zeit, wo wir ohnehin schon zu viel Migration haben, glaube ich, ist das nicht eine besonders sinnvolle Maßnahme.“<sup>19</sup> Dabei war die ÖVP seit 1945 nur in gut 16 Jahren nicht an einer Regierung beteiligt, hätte also genügend Zeit und Einfluss gehabt, dieser Entwicklung schon lange entgegenzuwirken.

**Die ETABLIERTEN Parteien stehen den „Neuen Rechten“ und ihrem derzeitigen Erfolg rat- und planlos gegenüber.**

Der österreichische Chefdiplomat versuchte damit, auf den rhetorischen Karren der Rechtspopulisten – zumindest ein wenig – aufzuspringen. Vor allem der Nachsatz über „ohnehin schon zu viel Migration“ hätte genauso gut von ausländerскеptischen bis -feindlichen

FPÖ-Politikern kommen können. Derzeit scheint die Strategie für Kurz jedoch aufzugehen. In Umfragen kursiert er vor „HC“ Strache und Bundeskanzler Christian Kern. Und das, obwohl sich die Konservativen viele Themenfelder haben wegnehmen lassen. Das Thema Sicherheit wird von der FPÖ ebenso präsenter vertreten wie das Beibehalten von Kruzifixen in den Klassenzimmern. Doch auch die SPÖ musste Themen „abgeben“. Arbeiterinteressen sind ein großer Teil des FPÖ-Programms.

Ähnlich sieht es in Frankreich aus. Hier hat sich der Front National zur Partei des „kleinen Mannes“ gemausert. In den vorletzten Wahlen waren geringverdienende Arbeiter und Arbeitslose in der Wählerschaft stets überrepräsentiert. Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 erreichte der Front National 18 % der Wählerstimmen. Dabei wählten 33 % der Arbeiter die Rechtspopulisten.

Seither versuchte der glücklose Sozialist François Hollande, sein Land zu einen und Sozialreformen durchzusetzen. Überschattet von Terroranschlägen und des seither herrschenden Notstandes gelang ihm dies nur sehr bedingt. Er kandidierte schließlich nicht einmal mehr für eine zweite Amtszeit. Deshalb trat für die Sozialisten Benoît Hamon an – vergebens.

Auch die konservative Alternative, der Republikaner, François Fillon, bekam von den Franzosen keinen Zuspruch. Die Ermittlungen gegen ihn wegen Scheinbeschäftigung seiner Ehefrau und weiterer Korruptionsvorwürfe ließen ihn im Februar schon von einem möglichen Rücktritt von der Kandidatur sprechen. Im ersten Wahlgang 2017 schied er schließlich mit 19,9 % aus.

Zur großen politischen Hoffnung wurde der „unabhängige“ Emmanuel

Macron. Der ehemalige Wirtschaftsminister und frisch gewählte Präsident scheint das französische Volk mit zuversichtlichen, mutigen Reden überzeugen zu können – ähnlich wie Obama 2008 in den USA. Können so die Rechtspopulisten eingedämmt werden?

### Hilfos in der Regierung

Dass die Rechtspopulisten keine echte Regierungsalternative darstellen, ist allein schon an den teilweise widersprüchlichen Wahlprogrammen zu sehen, die schon als „politischer Gemischtwarenladen“ bezeichnet wurden.<sup>20</sup> Und: Dass Rechtspopulisten nicht für die Bevölkerung zufriedenstellend regieren können, wurde in Österreich offenbar. In der Zeit, in der die FPÖ Teil der schwarz-blauen Koalition war, verlor sie erheblich an Wählerzuspruch. Bei den Nationalratswahlen 1999 fuhren sie 26,9 % ein. Sechs aufreibende Jahre in der Regierungskoalition mit der ÖVP ließen den Wählerzuspruch auf 11 % sinken. Und auch innerparteilich brach das rechtspopulistische System zusammen. So entstand das von Jörg Haider geführte Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), das mehrere Jahre einen echten, rechtspopulistischen (wenn auch tendenziell mehr freiheitlich-bürgerlichen) Gegenpart zur FPÖ darstellte.

Ähnlich erging es der Minderheitsregierung in den Niederlanden, die von

der Partij voor de Vrijheid gestützt wurde. Sie zerbrach 2012 bereits nach zwei Jahren, die PVV sackte von 15,5 auf 10,1 % ab.

Nun ist es an den etablierten Parteien, kluge Antworten auf die Fragen und Forderungen der Bevölkerungen zu geben. Dem Anschein einer abgehobenen Elite müssen sich die Parteien entgegenstellen. Dabei bringt es wohl wenig, auf den (rhetorischen) Karren der Rechtspopulisten aufzuspringen und ebenso laut einfache Lösungen auszurufen. Das können die Rechtspopulisten selbst am besten. Für die Medien und den öffentlichen Diskurs sollte indes gelten: Wir müssen nicht über jedes Stöckchen springen, dass uns die Rechtspopulisten hinhalten – egal, ob in Frankreich, Österreich, Holland oder Deutschland. ///



### /// THOMAS MICHAEL KLOTZ

ist Diplomand an der Hochschule für Politik in München mit den Studienschwerpunkten Rechtspopulismusforschung und Umweltpolitik. Der Stipendiat des Journalistischen Förderprogramms der Hanns-Seidel-Stiftung arbeitet als freier Journalist und bloggt über Bayern, Tradition und Umwelt ([www.bayerischer-freigeist.de](http://www.bayerischer-freigeist.de)).

Es gilt zu zeigen, dass die Rechtspopulisten **KEINE** wirkliche Regierungsalternative sind.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Heschl, Franz: Eine EU „für alle“? Der europäische Integrationsprozess in der Rhetorik der Europäischen Kommission, in: Zeitschrift für Politik 4/2016, S. 443.

<sup>2</sup> Rauscher, Hans: Hofer, Habsburg, Hautevolee,

- <http://derstandard.at/2000036769910/Hofer-Habsburg-Hautevolee>, Stand: 26.2.2017.
- <sup>3</sup> <https://twitter.com/StefanLeifert/status/775268764321452032/photo/1>, Stand: 26.2.2017.
- <sup>4</sup> Löwenstein, Stephan: Kommt Zeit, kommt Trump, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.2016, S. 2.
- <sup>5</sup> Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ): Wahlkampfflyer „Stimme der Vernunft. Norbert Hofer“, 2016.
- <sup>6</sup> Ebd.
- <sup>7</sup> Berühmt wurde ein Foto von Strache, auf dem er angeblich den „Kühnengruß“ zeigt, einen in Deutschland verbotenen, unter Neonazis verbreiteten Gruß, bei dem man Daumen, Zeige- und Mittelfinger streckt. Strache versuchte, dies als Bierbestellung umzudeuten.
- <sup>8</sup> Gessenharter, Wolfgang: Was ist Rechtsextremismus, in: Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Forschungstendenzen im Vergleich, hrsg. von Holger Spöhr und Sarah Kolls, Frankfurt am Main 2010, S. 28 f.
- <sup>9</sup> Wiegel, Michaela: Mutter Marine und ihre Kinder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.9.2016, S. 3.
- <sup>10</sup> Wiegel, Michaela: Die heilige Johanna von Toulon, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.12.2015, S. 3.
- <sup>11</sup> Chwala, Sebastian: Der Front National. Geschichte, Programm, Politik und Wähler, Köln 2015, S. 80 f.
- <sup>12</sup> Bizeul, Yves: Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtspopulismus im heutigen Frankreich, in: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, hrsg. von Frank Decker, Bernd Henningsen und Kjetil Jakobsen, Baden-Baden 2015, S. 59 f.
- <sup>13</sup> chs: Frankreichs Wirtschaft besorgt wegen Le Pen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.2015, S. 17.
- <sup>14</sup> Müller, Jan-Werner: Was ist Populismus?, Berlin 2016, S. 55.
- <sup>15</sup> Vossen, Koen: Vom konservativen Liberalen zum Nationalpopulisten. Die ideologische Entwicklung des Geert Wilders, in: Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, hrsg. von Friso Wielenga und Florian Hartleb, Münster 2011, S. 85.
- <sup>16</sup> Erk, Jan: The Famous Dutch (In)Tolerance, in: Current History 734/2016, S. 116.
- <sup>17</sup> Wilders vergleicht den Islam mit Nazi-Ideologie, [http://www.focus.de/politik/ausland/wahlen-in-den-niederlanden-wilders-vergleicht-den-islam-mit-nazi-ideologie\\_id\\_6634899.html](http://www.focus.de/politik/ausland/wahlen-in-den-niederlanden-wilders-vergleicht-den-islam-mit-nazi-ideologie_id_6634899.html), Stand: 26.2.2017.
- <sup>18</sup> Wilders hetzt erneut gegen Marokkaner, [http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5172033/Wilders\\_Es-gibt-viel-marokkanischen-Abschaum-in-Holland](http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5172033/Wilders_Es-gibt-viel-marokkanischen-Abschaum-in-Holland), Stand: 20.2.2017.
- <sup>19</sup> Kurz, Sebastian: „Wir haben ohnehin zu viel Migration“, <https://kurier.at/politik/inland/kurz-wir-haben-ohnehin-zu-viel-migration/247.245.918>, Stand: 19.2.2017.
- <sup>20</sup> Bauer, Werner T.: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, Wien 2015, S. 20.